

**Zeitschrift:** Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

**Band:** 93 (1996)

**Heft:** 4

**Artikel:** IV verlangt kantonale Planung

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-838251>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

chende Aufgabenteilung zulässt (z. B. Institutionen für Behinderte, Betagte, [Klein]kinder etc.).

Das Bildungssystem dieser Stufe sollte klarer und einheitlicher geregelt werden. Die Möglichkeit, auf dem Weg über eine solche Berufsausbildung auf Sekundarstufe II die Fachhochschulreife zu erreichen, ist vorzusehen. Die Bedingungen der Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen im europäischen Ausland sind zu berücksichtigen.

dern, entwickeln, evaluieren, abklären – Einsatz im Bereich Sozialarbeit (insbesondere ambulante Sozialdienste), in der Sozialpädagogik (stationäre und halbstationäre Einrichtungen) und der sozio-kulturellen Animation (insbesondere sozio-kulturelle Einrichtungen und Projektentwicklungen)

Aus dem Bericht «Fachhochschulen im Sozialbereich», FDK, August 1995

## IV verlangt kantonale Planung

### Neue Auflagen für Subventionen

*Die IV will das Angebot an Plätzen in Wohnheimen und Werkstätten für erwachsene Behinderte inhaltlich und finanziell stärker steuern. Künftig werden Bau- und Betriebsbeiträge nach einer neuen Verordnung nur noch fliessen, wenn die Einrichtungen einer kantonalen Planung entsprechen.*

Mit einer auf den 1. April 1996 in Kraft tretenden Änderung der Verordnung über die IV wird die Ausrichtung von Beiträgen künftig von einem Bedarfsnachweis abhängig gemacht. Die Beitragsgesuche müssen beim Kanton, in welchem die Institution ihren Standort hat, eingereicht werden. Dieser prüft, gestützt auf eine kantonale oder interkantonale Planung, den Bedarf und leitet die Gesuche mit einem Antrag an das Bundesamt für Sozialversicherung zum Entscheid weiter.

Mit dieser Neuerung wird einerseits die Stellung der Kantone, die meistens an den Kosten der Behinderteninstitutionen mitbeteiligt sind (Subventionen, Ergänzungsleistungen), gestärkt. Zudem erhalten die Kantone die Gelegenheit, das Angebot besser zu steuern. Gleichzeitig wird es im Laufe der Zeit möglich sein, einen gesamtschweizerischen Überblick über das notwendige Angebot zu erhalten.

Der Bedarfsnachweis für Betriebsbeiträge muss für neue Einrichtungen sowie für solche, bei denen konzeptionelle oder quantitative Änderungen vorgesehen sind, ab dem 1. Juli 1996 erbracht werden. Ab dem 1. Januar 1998 ist der kantonale Nachweis für jede Institution zu erbringen, welche ein Gesuch stellt.

*pd*